

Deshalb fordern wir als ersten Schritt, dass die Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde und für alle gelten soll.

Ich glaube, im Prinzip reicht das.

(Heiterkeit und Beifall)

Das Einzige, was ich sage, ist noch, dass der SPD- und Grünen-Antrag, wie das so häufig der Fall ist, zu kurz greift. Wir werden den Antrag trotzdem durch Enthaltung passieren lassen.

Was ich noch wünsche, weil ich ja gleich nicht unbedingt jeden Einzelnen noch sehe: Schöne Weihnachten, schöne Feiertage, einen guten Rutsch und den Minijobbern ordentliche, sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse. – Danke.

(Beifall von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Zimmermann, es muss immer eine Vorhut geben. Stimmen Sie immer den Anträgen zu, die aus Ihrer Sicht etwas zu kurz greifen, dann passt das politisch schon.

(Lachen von der CDU und von der LINKEN)

Ich will nur einige Bemerkungen machen. Erste Bemerkung: Den Menschen in diesem Lande wird sehr viel Flexibilität abverlangt. Das ist auch gut und richtig so. Im flexiblen Kapitalismus müssen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer flexibel sein.

Die andere Seite der Medaille ist ein Minimum an sozialer Sicherheit.

(Michael Aggelidis [LINKE]: Wieso nur ein Minimum? Ein Maximum!)

Die soziale Sicherheit beginnt bei ordentlichen Arbeitsverhältnissen. Deshalb, dritte Bemerkung: Es ist nicht sozial, was Arbeit schafft, sondern sozial ist, was gute Arbeit schafft.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dazu gehört ein faires Einkommen, dazu gehören ordentliche Arbeitsbedingungen. Deshalb ist die Landesregierung aktiv geworden. Sie will die Minijobs nicht abschaffen. Wir wollen sie neu regulieren.

Im Übrigen ist natürlich das, was in der Vergangenheit bei den Minijobs geregelt worden ist, nicht in Granit gehauen. Wenn sich die Notwendigkeit von

Änderungen einstellt, muss geändert werden. Genau dies wollen wir in sozialer Verantwortung gegenüber den 7,3 Millionen Minijobbern und den Unternehmen und privaten Haushalten, die diese Menschen beschäftigen. Deshalb gibt es unsere Bundesratsinitiative.

Der vorliegende Antrag unterstützt diese Initiative. Dafür bin ich sehr dankbar.

Sie können sicher sein: Es wird kein Weg daran vorbeigehen, die Minijobs neu zu organisieren. Wenn hier Herr Dr. Romberg sagt, in unserer Verantwortung stehe die Kontrolle dessen, was heute Recht ist, dann hat er völlig Recht. Wir tun dies auch mit unseren Möglichkeiten.

Aber eines ist vermessend: Wenn man in den fünf Jahren der letzten Legislaturperiode den Arbeitsschutz geradezu stranguliert hat und jetzt von notwendiger Kontrolle spricht, dann ist dies doppelbödig.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ich hoffe darauf, dass Ihr Wort auch dann gilt, wenn es darum geht, den Arbeitsschutz weiter zu effektivieren. Wir tun dies heute mit den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und sind dabei auch erfolgreich. Ich bitte um Zustimmung.

Ich wünsche allen persönliches Wohlergehen in der Zukunft, manchem persönliches und politisches Wohlergehen. Sie können sich jetzt aussuchen, wer bei Letzterem gemeint ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Ich bin sicher, die Kolleginnen und Kollegen bekommen das hin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir direkt zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wer dem **Antrag Drucksache 15/3540** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Fraktion Die Linke. Damit ist mit diesem festgestellten Abstimmungsergebnis der Antrag **angenommen**.

Ich rufe auf:

9 Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3537

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die **Redebeiträge zu Protokoll** zu geben. (Siehe Anlage 1) Wir haben die Redebeiträge bereits entgegengenommen oder nehmen sie jetzt entgegen, sodass wir jetzt über die **Überweisung** an den **Ausschuss für Europa und Eine Welt** – federführend – sowie zur Mitberatung an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** abstimmen können. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand dagegen stimmen? Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

10 Bachelorabschluss nicht zur Sackgasse werden lassen – Mobilität beim Masterplatzzugang gewährleisten!

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3529

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

Deshalb stimmen wir jetzt sofort über die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 15/3529** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** ab. Möchte jemand der Überweisung widersprechen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann wurde der Überweisung so Folge geleistet.

Ich rufe auf:

11 Datenschutz und Datensicherheit verbessern – NRW-Datenschutzsiegel einführen und Medienkompetenz stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3538 – Neudruck

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung und Abstimmung wird nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses in einer Plenarsitzung erfolgen.

Wir kommen direkt zur **Überweisung** des **Antrages Drucksache 15/3538 – Neudruck** – an den **Innenausschuss** – federführend – sowie an den **Haupt- und Medienausschuss** zur Mitberatung. Möchte der Überweisung jemand widersprechen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist damit so überwiesen.

Ich rufe auf:

12 NRW braucht eine wirksame Kündigungs-sperrfristverordnung

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3534

Die Fraktionen haben sich bei diesem Tagesordnungspunkt darauf verständigt, die **Redebeiträge zu Protokoll** zu geben. (Siehe Anlage 2) Wir haben die Reden bereits entgegengenommen oder nehmen sie jetzt entgegen.

Wir kommen sofort zur Abstimmung über die **Überweisung**. Der **Antrag Drucksache 15/3534** soll an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr** – federführend – und zur Mitberatung an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** überwiesen werden. Die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgt dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung. Möchte dem jemand widersprechen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

13 Lehrkräfte für Inklusion qualifizieren: Weiterbildung und Sonderpädagogische Lehrkräfte an der FernUni Hagen wieder aufnehmen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3531

Eine Beratung ist heute ebenfalls nicht vorgesehen. Die Beratung wird nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses in einer Plenarsitzung erfolgen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 15/3531** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie zur Mitberatung an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**. Möchte der Überweisung jemand widersprechen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann ist so überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung und am Ende der letzten Plenarsitzung im Jahr 2011.

Die **nächste Plenarsitzung** findet im kommenden Jahr am 25. Januar 2012 statt und beginnt um 10 Uhr.

Bis dahin wünsche ich Ihnen im Namen des Präsidiums ein wunderschönes Weihnachtsfest im Kreise Ihrer Familie mit der Zeit, die Sie sich nehmen wollen und können für all die Dinge, die Sie gerne tun –

Anlage 1

Zu TOP 9 – „Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ – zu Protokoll gegebene Reden

Wolfram Kuschke (SPD):

Es ist gut, dass die Themen „Aktives Altern“ und „Solidarität zwischen den Generationen“ stärker Berücksichtigung auf der europäischen Agenda gefunden haben.

Auch wenn die Europäische Union und mit ihr Kommission und Parlament keine originären Kompetenzen in diesem Bereich haben, war es richtig, das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ für 2012 auszurufen.

Wir werden in den Ausschüssen noch Gelegenheit zur weiteren Beratung haben. Deshalb lassen Sie mich hier nur wenige Anmerkungen machen:

- 1. Demografische Entwicklungen machen nicht an den Grenzen halt. Die Lösung damit verbundener Aufgaben wird aber nur europäisch gelingen.*
- 2. Erfolgreich sein wird nur eine selbstbestimmte Altenpolitik, wie sie diese Landesregierung forciert. Bürgerschaftliches Engagement, Teilhabe und Solidarität sind dabei wichtige Leitplanken.*
- 3. Wir sind gut beraten, unsere Erfahrungen bei der Gestaltung von Sozialräumen bei der Entwicklung von generationengerechten Arbeits-, Lebens- und Wohnbereichen noch stärker einzubringen.*
- 4. Auch auf der Ebene von Bund Ländern sollten wir unsere Ziele für aktives und gesundes Altern konkret formulieren.*

Gute Erfahrungen mit einer solchen Vorgehensweise hat die Europäische Innovationspartnerschaft für Aktivität und Gesundheit im Alter gemacht, deren Lenkungsgruppe, die aus mehr als 30 Interessenträgern aus der gesamten Innovationskette für Gesundheit im Alter besteht, als einer von zwei deutschen Vertretern ich angehöre.

In der Pressemitteilung der Europäischen Kommission heißt es:

- „Das übergeordnete Ziel der Partnerschaft besteht darin, in der EU bis 2020 die Anzahl der gesunden Lebensjahre um zwei zu erhöhen. Damit sollen drei Ergebnisse erreicht werden:*

- Verbesserung des Gesundheitszustands und der Lebensqualität der Europäer, insbesondere älterer Menschen,*
- Verbesserung der Nachhaltigkeit und der Leistungsfähigkeit von Gesundheits- und Sozialsystemen,*
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU durch ein verbessertes unternehmerisches Umfeld für Innovation.“*

In drei Hauptbereichen – Vorbeugung, Versorgung und Behandlung sowie unabhängiges Leben – sollen Schritte in Richtung auf dieses Ziel durchgeführt werden.

Fünf Einzelmaßnahmen sollen im nächsten Jahr eingeleitet werden:

- Innovative Wege, um dafür zu sorgen, dass Patienten die ihnen verschriebenen Arzneimittel auch einnehmen – eine konzertierte Aktion in mindestens 30 europäischen Regionen,*
- Innovative Lösungen, um bei älteren Menschen Stürzen vorzubeugen und Frühdiagnosen zu fördern,*
- Zusammenarbeit, um altersbedingten funktionellen Defiziten und Gebrechlichkeit vorzubeugen unter besonderer Berücksichtigung von Mangelernährung,*
- Verbreitung und Förderung erfolgreicher innovativer Modelle für die integrierte Versorgung älterer Menschen, die unter chronischen Erkrankungen leiden, beispielsweise durch Fernüberwachung. Die Maßnahmen sollen in einer ganzen Reihe von EU-Regionen getroffen werden;*
- Verbesserung der Übernahme von miteinander kompatiblen IKT-Lösungen für unabhängiges Leben durch globale Standards, damit ältere Menschen länger unabhängig, mobil und aktiv bleiben können.*

Der eingeforderte sozialräumliche Politikansatz auf kommunaler bzw. regionaler Ebene ist zu favorisieren,

- um eine schnellere und zielgenauere Bestandsaufnahme vorhandener Problemlagen und Hindernisse zu ermöglichen,*
- um eine vernetzte Beratungs- und Informationsstruktur auf kommunaler bzw. regionaler Ebene aufbauen bzw. unterstützen zu können,*
- um Chancen zu eröffnen, Institutionen der Zivilgesellschaft an der Umsetzung einer altersfreundlichen Umgebung zu beteiligen,*
- um die Betroffenen auch als Verbraucherinnen und Verbraucher stärker in Konzepte und konkrete Projekte einzubeziehen.*

Ein Politikansatz, der eine altersfreundliche Umgebung in einem umfassenden Sinne verfolgt, ist auch wichtiger Bestandteil eines vorbeugenden und nachhaltigen Politikansatzes. Das gesundheitspolitische Motto „Vorbeugen ist besser als heilen“ sollte Ausgangspunkt aller Überlegungen sein. Wird einerseits Gesundheit, Sport, gute Ernährung in den Schulen gelehrt, den Eltern dies von den Fachärzten näher gelegt für die Kindererziehung, so gibt es andererseits kaum unterstützende Rahmenbedingungen im Erwachsenenalter, wenn der Beruf oder die Familie die Menschen fordert und das Zeitbudget angepannt ist.

Ich freue mich auf die intensive und konstruktive Beratung und danke für die Aufmerksamkeit.

Stefan Engstfeld (GRÜNE):

Der europäische Integrationsprozess kann nur erfolgreich sein, wenn neben ökonomischen auch ökologische und soziale Fortschritte erzielt werden. Dies ist das Grundprinzip der Strategie Europa 2020. So wichtig es ist, dabei besonders die jüngeren Menschen, beispielsweise durch Maßnahmen im Bildungsbereich, zu berücksichtigen, darf eines nicht aus den Augen gelassen werden: Älter werden wir alle. Und der Anteil der älteren Menschen in Europa wächst kontinuierlich.

Auch NRW ist geprägt von großen demografischen Umbrüchen, in deren Fortlauf der Anteil älterer und hochaltriger Menschen in den kommenden Jahrzehnten drastisch ansteigen wird. Diese Entwicklung stellt erhebliche Anforderungen an eine neue Politik für ältere Menschen auf der Landesebene ebenso wie in den Kommunen.

Daher ist es das richtige Zeichen, dass die Europäische Union das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ gemacht hat. Ziel ist es, bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabebedingungen für die wachsende Anzahl älterer Menschen in Europa zu schaffen und ihnen dabei zu helfen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft einzunehmen und gesundes Altern zu fördern.

Zentrales Element einer entsprechenden Landespolitik muss auch die aktive Einbindung aller betroffenen Akteure, der sie vertretenden Organisationen und der wissenschaftlichen Einrichtungen sein. Nur mit ihnen wird es möglich sein, angemessene Konzepte für eine altersgerechte Gestaltung von Kommunen und Wohnquartieren zu entwickeln, die älteren Menschen ein aktives, selbstbestimmtes und sozial integriertes Leben ermöglichen.

Hierzu brauchen wir auch eine ressortübergreifende Planung vor Ort, mit der wir die generatio-

nengerechte und inklusive Gestaltung der Lebens- und Wohnbereiche voranbringen können. Hierzu bedarf es kommunaler Quartierskonzepte, mit denen wir den älteren und pflegebedürftigen Menschen eine Versorgungssicherheit in ihrem Wohnumfeld bieten können. Aufgabe ist es, die Wohn-, Pflege- und Unterstützungsformen auf die Bedürfnisse der Menschen auszurichten und die Selbstbestimmung der Menschen zu sichern.

Die sozialen und kulturellen Potenziale der älteren Menschen, insbesondere auch derjenigen mit Zuwanderungsgeschichte, müssen stärker genutzt und diese in die Teilhabeprozesse in allen gesellschaftlichen Bereichen einbezogen werden. Entsprechende Konzepte müssen vom Menschen aus gedacht und entwickelt werden, also auf die Wünsche und Bedürfnisse der älteren Menschen eingehen, sie müssen frei von Diskriminierung und trotzdem sensibel für Unterschiede, aus denen besondere Bedürfnisse erwachsen, sein.

Rahmenbedingungen für ein gesellschaftliches Engagement älterer Menschen sind hierbei genauso wichtig wie die altersgerechte Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen.

Die große Zahl der prekären und unsteten Beschäftigungsverhältnisse lassen befürchten, dass in Zukunft ein noch größer werdender Teil der Menschen im Alter nur mit einem geringen Einkommen auskommen muss und die soziale Ungleichheit im Alter weiter zunehmen wird. Hier bedarf es weitreichender Strategien, um Altersarmut und sozialer Isolation entgegenzuwirken. Notwendig ist es, dass die soziale Infrastruktur so ist, dass sie auch von Menschen mit geringen Einkünften in Anspruch genommen werden kann.

Schließlich müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass im Land wie auch in den Kommunen die europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien und die Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) umgesetzt und eingehalten werden.

Im Vordergrund der altenpolitischen Aktivitäten steht die Entwicklung zukunftsfähiger Quartierskonzepte, mit denen wir sowohl den demografischen und sozialen Wandel in den Kommunen gestalten als auch den älteren Menschen – besonders wenn eine Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags und Pflege notwendig werden – ein selbstbestimmtes Leben im selbst gewählten und vertrauten Lebensumfeld sichern wollen.

Darüber hinaus dürfen wir aber auch nicht den Blick auf das gemeinsame Europa vernachlässigen. Daher gilt es, auch die Schaffung europaweit vergleichbarer Rahmenbedingungen für dieses Leitbild, den Austausch gelungener Maßnahmen in anderen Staaten der Europäischen

Union und die Vernetzung mit diesen Staaten im Blick zu halten.

Nur wenn es gelingt, den Wunsch älterer Menschen auf ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben im eigenen Wohnumfeld zu erfüllen und zugleich die Ressourcen des bürgerschaftlichen Engagements aller Generationen zu nutzen, werden wir die Auswirkungen des demografischen Wandels auf unsere Kommunen, die sozialen Sicherungssysteme sowie die medizinische und pflegerische Infrastruktur überhaupt bewältigen können.

Dr. Ingo Wolf (FDP):

Der Europäische Rat und das Europäische Parlament hatten gute Gründe, das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ auszurufen. Denn die Regierungen in Europa müssen zunehmend der Tatsache ins Auge sehen, dass die demografische Alterung ein Einflussfaktor ist, der alle zentralen gesellschaftlichen Bereiche auf den Prüfstand stellt. Dazu gehören die Wirtschaft ebenso wie die Wohnraumversorgung und Wohnraumgestaltung, die öffentliche Daseinsvorsorge sowie die Sozialversicherung bzw. die Gesundheitsversorgungssysteme.

Schon jetzt macht sich in vielen Branchen ein Fachkräftemangel bemerkbar. Da die Verfügbarkeit junger Arbeitskräfte in Zukunft weiter abnimmt, wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen ebenso wie der anderen europäischen Unternehmen langfristig davon abhängen, das bereits vorhandene Arbeitskräftepotenzial zu nutzen und entsprechend wertzuschätzen. Dazu gehört gerade auch die Gruppe der älter werdenden Beschäftigten. Die Betriebe tun gut daran, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass die Beschäftigungsfähigkeit der gesamten Belegschaft möglichst lange erhalten bleibt.

Neben einer Schaffung altersfreundlicher Arbeitsbedingungen bestehen die Schlüsselziele des Europäischen Jahres 2012 in der Entwicklung einer altersfreundlichen EU im Rahmen der Strategie 2020, der Förderung der Freiwilligenarbeit, der Unterstützung von informeller Pflege und schließlich in der Verbesserung des gesunden und unabhängigen Lebens im Alter.

Interessant ist, dass der Meinungsbildungsprozess auf der europäischen Ebene im Vorfeld des Beschlusses alles andere als konfliktfrei verlief. Für eine kontroverse Diskussion innerhalb der Mitglieder im Rat der EU führte vor allem der im September 2010 vorgelegte Vorschlag der EU-Kommission, der den eingeschränkten Titel „Europäisches Jahr für aktives Altern“ trug. Erst im Dezember 2010 fand man einen Kompromiss, der eine gemeinsame Entscheidung von Rat und

Parlament ermöglichte. „Aktives Altern“ soll nunmehr als Schlüssel zum Erhalt der Solidarität betrachtet werden und zwar primär unter den Aspekten der Gleichberechtigung, der Nichtdiskriminierung, zu der auch die Widerlegung bzw. die Überwindung von Altersklischees gehört, und der gesellschaftlichen Einbindung älterer Menschen.

Ein Schwerpunkt der Initiative liegt in der Förderung einer Kooperation unterschiedlicher Altersgruppen. Diese Zielsetzung wurde innerhalb des Art. 3, 1a der Entschließung ausdrücklich verankert. Im Wesentlichen gibt sie die Position der so genannten AGE-Plattform wieder, zu der mehr als 150 Seniorenorganisationen gehören. Eine besondere Herausforderung bestand darin, auf Grundlage der WHO-Definition des „Aktiven Alterns“ ein angemessenes Konzept zu erarbeiten. Die WHO-Definition setzt bei den Möglichkeiten und Chancen älterer Menschen an, ihre Lebensqualität zu verbessern. Das bereits erwähnte freiwillige Engagement gehört ebenso dazu wie das lebenslange Lernen, der Bereich der Kultur, aber auch der Sport. Dessen ungeachtet wird der Begriff des Aktiven Alterns in den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Prioritäten unterschiedlich interpretiert. In Spanien geht es vor allem um Gesundheit und aktive Teilnahme, während man Großbritannien und Frankreich eher an der aktiven Beteiligung am Erwerbsleben ansetzt.

Die Umsetzung des Europäischen Jahres fällt auf nationaler Ebene in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Unterstützt wird die dortige Koordinierungsstelle durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) sowie die Forschungsstelle für Gerontologie (FfG) in Dortmund. Eine Website soll über sämtliche Aktivitäten im Bundesgebiet informieren, damit man voneinander lernen kann. Dazu gehören neben den Themen „Arbeitswelt“, „gesellschaftliches Engagement von Älteren“, „Wohnumfeld und Infrastruktur“ auch die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, die bei der bereits erwähnten Fachkräftesicherung eine herausragende Rolle spielt.

Zum vorliegenden Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist anzumerken, dass zwar die Forderungen grundsätzlich nicht zu beanstanden sind. Allerdings werden primär die altenpolitischen Vorstellungen der Fraktionen dargestellt, ohne dass bezogen auf den europäischen Kontext konkrete Zielsetzungen formuliert wurden. Die Forderungen bleiben somit eher vage und allgemein.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der Antrag vor allem auf die Förderung der Selbstbestimmung zielt, aber weniger auf die Förderung der Aktivität im Alter, die mindestens ebenso wichtig, aber eben nicht dasselbe ist. Anders gesagt: Es wird

zu wenig betont, was die Älteren – alleine oder auch in Gemeinschaft mit anderen – eigeninitiativ schaffen können bzw. wollen und welche Unterstützung von politischer Seite im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe sinnvoll ist. Dabei ist die große Heterogenität hinsichtlich der persönlichen Ressourcen zu berücksichtigen. Hilfreich wäre es, Beispiele für die vielfältigen Potenziale von Älteren zu nennen, etwa die Bedeutung von Erfahrungswissen für das Arbeitsleben sowie die Tatsache, dass auch Ältere durchaus innovativ sein können. So ist es denkbar, dass es künftig mehr ältere Menschen geben wird, die nach einem Arbeitsleben als Angestellte noch mal etwas ganz Neues wagen und einen eigenen Betrieb eröffnen, mit anderen gemeinsam oder auch in Eigenregie. Denn nicht nur die Zahl der älteren Bürger wird ansteigen, sondern auch deren Lebenserwartung.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Gruppe der Hochaltrigen, denn die Bevölkerung ab 80 Jahren ist in Deutschland die am schnellsten wachsende Altersgruppe. Doch auch in anderen westeuropäischen Ländern stellt Hochaltrigkeit eine Herausforderung dar, denn je nach Lebensverlauf und entsprechenden Prägungen sind mit dieser Lebensphase Chancen, aber eben auch Risiken verbunden, gerade in gesundheitlicher Hinsicht.

Auch das Miteinander der Generationen verdient größere Aufmerksamkeit in Form von Anregungen für gelungene Ansätze von Solidarität, wie etwa das Modell „Wohnen für Hilfe“, das bundesweit existiert, aber auch in Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien sowie in beispielsweise in den USA und Australien bekannt ist. Es handelt sich um eine Wohnpartnerschaft zwischen Jung und Alt, von der beiden Seiten profitieren: Jüngere, zum Beispiel Studierende, erhalten günstigen Wohnraum und bieten Älteren Hilfeleistungen an, beispielsweise Einkäufe, Spaziergänge, Gartenarbeit.

Es ist wichtig, dass sich die Mitgliedstaaten der EU gegenseitig mit Ideen und Erfahrungen unterstützen und ein gesamteuropäischer Lernprozess in Gang kommt, damit nicht nur die Probleme der demografischen Entwicklung sichtbar werden, sondern auch ihre Chancen. Zu hoffen ist, dass wir in der Diskussion im Ausschuss zu weiteren Überlegungen kommen, auf welche Weise Nordrhein-Westfalen zu einem erfolgreichen Austausch im Rahmen des Europäischen Jahres für Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen beitragen kann.

Ilka von Boeselager (CDU):

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschreiben die Ausgangslage für den vorliegenden Antrag mit den Worten: „Die Euro-

päische Kommission hat am 6. September 2010 vorgeschlagen, das Jahr 2012 zum ‚Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen‘ auszurufen.“ Das ist zutreffend.

Seit dem 6. September 2010 steht fest, dass das Jahr 2012 das „Europäische Jahr für aktives Altern“ wird. Bis zum 4. November 2011 konnten bei der nationalen Koordinierungsstelle für das Europäische Jahr 2012 im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Projektvorschläge eingereicht werden. Am 5. September 2011 ist meine Kleine Anfrage an die Landesregierung aktenkundig geworden: „Aktivitäten der Landesregierung zur Initiative ‚Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“.

Heute, ein paar Stunden vor Heiligabend und auf der Schwelle zum Jahr 2012, bringen Sie eine Initiative auf den Tisch! Dabei kann wirklich keiner sagen, dass das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ unverhofft kommt. Die Europäische Union ruft seit 1983 turnusmäßig das Europäische Jahr aus, und ebenso turnusmäßig wird dem ein soziokulturelles Thema zugeordnet:

In diesem Jahr ist es das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft. 2012 kommt dann das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen. Für 2013 hat die Europäische Kommission bereits vorgeschlagen, das Jahr zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger zu erklären. Darauf können Sie sich jetzt schon mal einstellen!

Für das „Europäische Jahr für aktives Altern“, um das es hier geht, hat Brüssel 5 Millionen € vorgesehen. Die Gelder stehen im Rahmen von EU-Programmen zur Verfügung – wie dem Europäischen Sozialfonds, dem Programm für lebenslanges Lernen und dem Forschungsrahmenprogramm. Damit kann man schon mal etwas anfangen.

Und es gibt auch ein Rahmenkonzept, das Orientierung bietet. Am 6. Februar findet in Berlin die bundesdeutsche Auftaktveranstaltung zum „Europäischen Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ statt. Dazu sind die folgenden Schwerpunkte bereits definiert worden:

- Potenziale Älterer für die Wirtschaft: Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels;
- Potenziale Älterer für die Zivilgesellschaft: gesellschaftliches Engagement und Teilhabe älterer Menschen;

- Altersbilder und Altersgrenzen: Abbau von altersbezogenen Klischees und Verankerung eines neuen Leitbildes des aktiven Alters;
- Eigenständiges Leben älterer Menschen durch Anpassungen in den Bereichen Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur;
- Zusammenhalt der Gesellschaft: Solidarität innerhalb und zwischen den Generationen;
- Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bzw. Pflege und Familie.

Vor diesem Hintergrund wird uns nun dieser Antrag präsentiert – keine zwei Wochen mehr vor dem Wechsel in das Jahr 2012. Darin fordern die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass sich die Landesregierung im Jahr 2012 aktiv an dem Europäischen Jahr „beteiligen“ soll:

- Sie soll Konzepte entwickeln.
- Sie soll demografische Aspekte berücksichtigen.
- Sie soll sich – weil es so schön klingt – „in den Prozess der Schaffung europäischer Rahmenbedingungen für ein Leitbild“ einbringen.

Das ist alles viel zu spät, viel zu wenig und viel zu substanzlos. Das Motto „Aktives Altern“ ist von der Europäischen Kommission vor dem Hintergrund ausgesucht worden, dass wir uns mit einer stetigen demografischen Alterung der Bevölkerung und deren Auswirkungen in Europa auseinandersetzen müssen – nicht lapidar, sondern besonders dringlich. Die Antragsteller tragen dazu selber zentrale Fakten bei. Ich will das gerne noch ergänzen:

- Heute sind 20 % der Menschen, die hier leben, über 65 Jahre alt, in 50 Jahren werden es 34 % sein, das heißt jeder Dritte.
- Jedes zweite Kind, das heute geboren wird, wird wahrscheinlich 100 Jahre alt. Und: In 40 Jahren werden wir in Deutschland 4,5 Millionen Pflegefälle haben.
- Nach Modellberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerungszahl von derzeit 81,7 Millionen bis zum Jahr 2060 auf 65 bis 70 Millionen zurückgehen.

Allein diese Fakten machen deutlich, wie markant die Aufgaben sind, denen wir uns stellen müssen. Dabei hilft der halbherzige Antrag, der hier vorliegt, keinen Zoll weiter. Es fehlt vor allem eine langfristige Strategie, die die Gestaltung des demografischen Wandels als eine große Zukunftsaufgabe begreift. Und die offensiv formuliert, wie diese vorteilhaft geschultert werden kann – gesamtgesellschaftlich und durchaus auch ökonomisch.

In der Antwort, die ich auf meine Kleine Anfrage zu dem Thema inzwischen erhalten habe, wurde

in puncto Bewältigung der Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Stärkungspakt Stadtfinanzen mit seinen 350 Millionen € hingewiesen. Das zeigt das ganze Dilemma.

Denn natürlich trifft es zwar zu, dass eine zentrale Rolle bei der Bewältigung des demografischen Wandels bei den Kommunen liegt und dass die Kommunen handlungsfähig sein müssen. Aber den Stärkungspakt in diesem Bezug zu zitieren und auch noch als zentralen Lösungsansatz zu nennen, ist schon allerhand. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Ihr Stärkungspakt 34 Kommunen helfen soll, von denen derzeit 33 Kommunen ihn in dieser Form ablehnen: weil er ungerecht ist und realistisch nicht funktioniert.

Sie nennen mir diesen Torso, wenn es um die „Aktivitäten der Landesregierung zur Initiative ‚Europäisches Jahr aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen 2012‘“ geht. Und Sie präsentieren uns diesen Antrag! Dafür dürfen Sie am 22. Dezember 2011 in der Tat kein gutes Abschlusszeugnis erwarten. Das ist – leider – mehr als mangelhaft.

Bärbel Beuermann (LINKE):

Der vorliegende Antrag liest sich so, als wenn SPD und Grüne plötzlich ein Herz für Rentnerinnen und Rentner entdeckt hätten. Die Forderungen klingen plausibel und muten unterstützungswürdig an. Wie so oft liegt der Teufel allerdings im Detail.

Sie sprechen in der Überschrift vom aktiven Altern und der Solidarität zwischen den Generationen. Leider lehrt uns die Geschichte, was Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen der anderen Fraktionen, von aktivem Altern und Generationengerechtigkeit verstehen.

In verschiedenen Regierungskonstellationen haben Ihre Parteien darauf hingearbeitet, dass heute 30 % mehr Rentnerinnen und Rentner zwischen 65 und 74 Jahren einem Minijob nachgehen müssen, als dies noch im Jahr 2000 der Fall war.

Unter Aktivität im Alter verstehen wir nun wirklich etwas anderes als die Notwendigkeit zu arbeiten! Nicht so Ihre Parteien, werte Kolleginnen und Kollegen: Unisono fordern Sie die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre. Allein wir Linke stehen gegen diese faktische Rentenkürzung ein. Es grenzt an Zynismus, wenn Sie nun hier einen wohlklingenden Schaufensterantrag einbringen, liebe Kolleginnen in den Reihen der SPD und der Grünen.

Aber bleiben wir sachlich: Wenn die Menschen in unserem Land schließlich nach jahrzehntelanger, harter Arbeit das Rentenalter erreicht haben, stehen den Männern durchschnittlich 1.200 € und

den Frauen 490 € zur Verfügung, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Erklären Sie mir bitte, wie eine alte Frau von weniger als 500 € im Monat leben soll!

Im Gegenzug erklären wir Ihnen gerne im Ausschuss, wie die von Ihnen bewusst inszenierte Ausweitung des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigungsverhältnisse zukünftig genau diese entwürdigende Altersarmut ausweiten wird. Die zukünftigen Rentner und Rentnerinnen werden länger arbeiten müssen, um anschließend niedrigere Renten zu beziehen. Das durchschnittliche Rentenniveau fällt auf 46,3 % des Bruttolohnes, dafür steigen die Beitragszahlungen stetig an.

Der Trend zur Alterung der Gesellschaft wird Ihrerseits richtig benannt, und auch wir unterstützen und fordern ein integriertes Handlungskonzept zur Bewältigung dieser Herausforderung. Auch Ihre Beobachtung, dass sich das Verhältnis zwischen Berufstätigen und im Ruhestand befindlichen Menschen verändert, ist offenkundiges Alltagswissen. Doch ist das Einzige, was Ihnen bisher zur Lösung eingefallen ist, ein späteres Renteneintrittsalter und höhere Beiträge? Ich sage Ihnen ganz klar: Diesen Missbrauch des „demografischen Wandels“ als Kampfbegriff für neoliberalen Sozialkahlschlag lehnen wir ab!

Wenn wir wirklich Verbesserungen für die Lebenssituation der Menschen in diesem Land erzielen wollen, können wir uns nicht lediglich damit begnügen, vermeintliche plötzliche Entwicklungen zu bedauern. Wir sind gefordert, auch die Versäumnisse zu analysieren und zu benennen, die zu dieser letztendlich politisch verantworteten Entwicklung geführt haben!

Wir brauchen endlich eine kinderfreundliche Politik in diesem Land, die jedem Kind freie Bildung und wirklich gleiche Chancen ermöglicht und ein kinderfreundliches Klima in diesem Land erzeugt. Dies lässt sich nur durch sozialen Frieden und abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse erreichen! Die Privatisierung sozialer und öffentlicher Infrastruktur muss ein Ende haben, da sie sowohl für einkommensschwache Rentnerinnen und Rentner als auch für junge Familien direkte, spürbare Mehrbelastungen bedeutet.

Auch im Wohnungswesen muss der Privatisierungswahn gestoppt werden! Bereits heute müssen 42 % der Rentnerinnen und Rentner unterhalb der Armutsgrenze (ca. 600 €) leben. Mehr als 40 % ihrer niedrigen Renten gehen direkt für die Miete drauf. Und das, obwohl mehr als die Hälfte dieser Gruppe in Wohnungen ohne Zentralheizung und/oder eigenem Badezimmer lebt! Ruheständler ziehen sich mangels Geld aus dem sozialen Leben zurück. Das Problem der versteckten Armut grassiert gerade in dieser Altersgruppe.

So gestaltet sich die Realität für Hunderttausende Ruheständler, auch hier in NRW. Das sind die Folgen Ihrer verfehlten Agenda!

Auch wenn wir die Forderungen des vorliegenden Antrages durchaus unterstützen, so bekämpfen sie nur Symptome, anstatt die Probleme da zu lösen, wo sie entstehen. Wir brauchen endlich eine gerechte Lohnpolitik, ein Ende von prekären Beschäftigungsverhältnissen und der teilprivatisierten Altersvorsorge. Nur mit einer Rente, die ausreicht, um am sozialen Leben teilzunehmen, wird ein aktives Altern möglich sein. Stattdessen werden die Personen, die jahrzehntelang hart geschuftet haben, im hohen Alter zu Transferempfängern degradiert. Für viele ist der Gang zum Amt so demütigend, dass sie auf staatliche Unterstützung verzichten. Andere wagen diesen schweren Gang.

So wächst die Zahl derer, die trotz jahrzehntelanger Vollzeitbeschäftigung im Ruhestand auf Transferleistungen angewiesen sind, kontinuierlich an. Dies ist skandalös und stellt eine staatliche Subventionierung von Niedriglöhnen dar.

Seien Sie endlich bereit, diesen Teufelskreis von Niedriglöhnen, prekären Beschäftigungsverhältnissen und Altersarmut zu durchbrechen, und gehen Sie mit uns den Weg hin zu Kinderfreundlichkeit, Mindestlöhnen und bedarfsgerechter Rente!

Dies – anständige Löhne für die Erwerbstätigen und ein Rentenniveau, welches die Dienste der älteren Generation würdigt – wäre der größte Beitrag zur Solidarität der Generationen, welche Sie fordern. Kinder kommen nicht vom Storch, und eine Gesellschaft altert nicht über Nacht. Seien Sie endlich mutig genug zur Selbstkritik!

Der Ausschussüberweisung stimmen wir selbstverständlich zu. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf anregende Diskussionen in den Ausschüssen.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter:

Gliederung:

- Ziele des Europäischen Jahres
- NRW hat Erfahrungen
- Teilhabe weiterentwickeln und ausbauen
- Masterplan Quartier
- Das Europäische Jahr nutzen

Ziele des Europäischen Jahres: Die Landesregierung sieht in den Zielen des kommenden Europäischen Jahres ebenfalls zentrale Handlungsfelder im demografischen Wandel. Der Anlass dieser großen gesellschaftlichen Herausforderungen ist positiv. Denn ebenso wie die Unionsbürgerinnen

und -bürger leben auch die Menschen in NRW länger und bleiben länger gesund als je zuvor.

Deshalb wird NRW wie die EU auch im Europäischen Jahr die Chancen dieser Generation herausstellen – um den Menschen

- *zu ermöglichen, länger im Erwerbsleben zu bleiben und ihre Erfahrungen weiterzugeben,*
- *sich weiter aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und*
- *ein möglichst gesundes und erfülltes sowie selbstbestimmtes Leben zu leben.*

NRW hat Erfahrungen: Das Engagement der Älteren ist auch erforderlich. Denn mit dem demografischen Wandel wird unsere Gesellschaft insgesamt älter und wir werden weniger. Die Landesregierung setzt sich mit den Bedürfnissen der sich verändernden Gesellschaft auseinander und berücksichtigt diese bei ihren Konzepten.

- *In Kooperation mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort wurden und werden auch zukünftig die wichtigen Schwerpunkte angegangen. Beispiele:*
- *eine Arbeitspolitik, die allen Altersgruppen gerecht wird, sowie die Bekämpfung des Fachkräftemangels,*
- *die Ausrichtung von Forschung und Lehre auf Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft (zum Beispiel im medizinischen Hochschulbereich),*
- *der Schutz älterer Verbraucherinnen und Verbraucher,*
- *die Sicherstellung der medizinischen Versorgung*
- *und die Stärkung von Präventionsansätzen in der Gesundheitsversorgung und allen Bereichen der (Sozial-)Politik.*

Auf zwei weitere zentrale Handlungsfelder möchte ich etwas näher eingehen:

Teilhabe weiterentwickeln und ausbauen: Die Leitidee des MGEPA ist: Egal in welchem Alter und in welcher Lebenslage man sich befindet – Menschen wollen selbstbestimmt leben. Unsere Gesellschaft hat die Verantwortung, das zu ermöglichen. Wir brauchen die Älteren, wenn es darum geht, diese Leitidee mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. Es geht um das „Dabeisein“, das Teilhaben an den Gütern und Angeboten in der Stadt. Gesellschaftliche Teilhabe meint auch, sich mit ihrem/seinem Wissen und Können in die Gesellschaft einzubringen und sich zu engagieren.

Das MGEPA fördert diese Teilhabe. Die meisten von Ihnen werden die Angebote kennen – vielleicht nicht, dass das Land sie unterstützt. Wir

fördern zum Beispiel Projekte und Gruppierungen wie die EFI-Gruppen (Erfahrungswissen für Initiativen), die ZWAR-Gruppen (Zwischen Arbeit und Ruhestand), die Freiwilligenarbeit oder die Projekte der Qualitätsinitiative gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit und bieten Unterstützung beim Aufbau einer Informationsplattform für die Innovationen in der Seniorenarbeit im Rahmen des Forums Seniorenarbeit (beim KdA; www.forum-seniorenarbeit.de).

Langfristig wichtiger wird es im demografischen Wandel werden, in unseren Gemeinwesen Initiativen für den generationenübergreifenden Zusammenhalt zu unterstützen bzw. anzuregen. Das kann sehr konkret sein, wenn zum Beispiel Schülerinnen und Schüler

- *in Altenheimen vorlesen oder*
- *für ein Taschengeld Ältere im Haushalt – beim Einkaufen oder bei der Hausarbeit – helfen oder*
- *bei der Nutzung der neuen Medien helfen oder*
- *wenn Ältere in Kindertagesstätten lesen oder helfen, die Kinder zu betreuen usw.*

Für dieses Miteinander der Generationen werden nach meiner Einschätzung in unseren Städten künftig immer mehr die örtlichen Seniorenvertretungen, die Familien- und die Jugendverbände gemeinsame ganz konkrete Themenlisten vereinbaren. Wichtig ist dabei, dass alle einbezogen werden und die Vielfalt in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen berücksichtigt wird.

Masterplan Quartier: Zur Leitidee des selbstbestimmten und selbstständigen Lebens bis ins hohe Alter, auch bei eintretendem Pflege- und Unterstützungsbedarf, gehört für die meisten Menschen das Wohnen-bleiben-können in vertrauter Umgebung. Selbstständiges Wohnen mit Versorgungssicherheit möglich zu machen, ist hier das Ziel der Landesregierung. Die Wohnungen selbst, vor allem aber die unmittelbaren sozialen Nahräume, die Quartiere in den Kommunen, müssen daher alles bieten, was besonders ältere Menschen brauchen: „Alles in Pantoffelnähe“ ist das Motto.

Die Betreuung, das „Sich-Kümmern“ und auch die Pflege älterer und unterstützungsbedürftiger Angehöriger werden in zunehmendem Maße gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Die Kommunen müssen sich auf die durch den demografischen Wandel ausgelösten Entwicklungen einstellen und ihre Quartiere altersgerecht gestalten. Dabei geht es nicht nur um die Versorgung älterer Menschen. Es gilt auch, die Beziehungen zwischen den Generationen zu stärken und als ein notwendiges gesellschaftliches Beziehungssystem begreifbar zu machen.

Die Kommunen stehen vor der Aufgabe, zukunftsorientierte Angebote für ein Zusammenleben der Generationen und Menschen mit unterschiedlicher kultureller Herkunft in den Wohnquartieren und Stadtteilen zu fördern. Dies erfordert eine Neuausrichtung der Infrastruktur in den Kommunen, aber nicht nur in baulicher Hinsicht, sondern vor allem mit Blick auf soziale Integration, Inklusion und Sicherheit.

Wir werden die Kommunen dabei unter anderem mit dem „Masterplan Quartier“ unterstützen. Er beschreibt kein Ideal-Konzept oder Patentrezept für den Weg zu altersgerechten Quartieren, sondern unterstützt die Kommunen bei der Erarbeitung eines vom Menschen aus gedachten individuell auf die örtlichen Bedürfnisse angepassten Konzeptes und dessen erster Umsetzung. Damit geht die Landesregierung neue Wege: keine Vorgaben, sondern die Menschen vor Ort und ihre Interessenvertretungen bestimmen selbst, was sie brauchen.

Was wir anbieten, ist eine Unterstützung bei der Analyse der örtlichen Ist-Situation und der notwendigen Veränderungen und Handlungsbedarfe. In einem zweiten Schritt begleiten wir die Kommunen bei der Organisation und Durchführung eines partizipativ angelegten Prozesses, in dem gemeinsam mit allen relevanten Beteiligten vor Ort, den Bürgerinnen und Bürgern, Handlungsstrategien für die Gestaltung der sozialen Infrastruktur erarbeitet und umgesetzt werden.

Dazu soll eine Art Baukasten mit verschiedenen Modulen zusammengestellt und angeboten werden, die bei der Quartiersentwicklung hilfreich sein können und gemeinsam mit den Kommunen weiterentwickelt werden.

Diese Unterstützung soll künftig nicht nur von meinem Haus geleistet werden. Wir bereiten gerade in diesen Tagen die europaweite Ausschreibung einer Koordinierungsstelle „Masterplan Quartier“ vor. Sie soll Mitte nächsten Jahres ihre Arbeit aufnehmen.

Das Europäische Jahr nutzen: Das Europäische Jahr ist Bestandteil der wichtigen sozialen Dimension von Europa. Fiskalunion und Binnenmarkt beherrschen die europäische Agenda. Es muss aber auch das soziale Europa weiter entwickelt werden. Wir werden im Rahmen unserer Aktivitäten diese Bezüge herausstellen und mit dem Europäischen Jahr verknüpfen.

Neben unseren Aktivitäten in NRW werden wir das Europäische Jahr und längerfristig auch die Europäische Innovationspartnerschaft „Aktivität und Gesundheit im Alter“ (EIP) nutzen, um vergleichbare Ausgangslagen und Strukturen anderer europäischer Mitgliedstaaten und Regionen zu identifizieren und Möglichkeiten eines Best-Practices-Austausches über konkrete Maßnahmen zur altersgerechten Gestaltung für alle Generationen prüfen.